

Heiße Krise im Kalten Krieg

03. Januar 2021 Norman Paech



Luftaufnahme der Militärbasis San Cristobal in Kuba mit einer Startanlage für Mittelstreckenraketen, aufgenommen am 1. November 1962. Bild: USAF, Public domain

Vor 60 Jahren, am 3. Januar 1961, brachen die USA ihre Beziehungen zu Kuba ab

Als die USA am 3. Januar 1961 ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba abbrachen, war ihre Geduld mit dem neuen Regime in Havanna zu Ende. Genau zwei Jahre zuvor, am Neujahrstag 1959, hatte der mafiose Fulgencio Batista die Insel gegen die Rebellen der "Bewegung 26. Juli", unter ihnen führend Fidel Castro, Raul Castro, Ché Guevara und Camilo Cienfuegos, aufgegeben. Diese zogen wenige Tage später im Triumph in Havanna ein und begannen ohne Umschweife mit der Umsetzung ihres revolutionären Programms.¹

Am 17. Mai 1959 verkündeten sie das erste Agrarreformgesetz,

welches den Grundbesitz über 400 Hektar zur Enteignung vorsah. So maßvoll der Eingriff in den Großgrundbesitz der vorwiegend US-amerikanischen Eigentümer auch war, die USA sahen darin zu Recht nicht nur den Angriff auf ihre luxuriösen Latifundien und profitablen Zuckerrohrplantagen auf Kuba, sondern zugleich die Herausforderung der westlichen demokratischen Werteordnung, wie sie ihren imperialen Herrschaftsanspruch nannten.

Die USA protestierten umgehend und verlangten Rekompensation nach der von den alten Kolonialmächten entwickelten Formel einer "prompten, adäquaten und effektiven Entschädigung". Die kubanische Regierung lehnte das Ansinnen angesichts der jahrzehntelangen Ausbeutung durch die Zuckerbarone und die Verluste des Befreiungskrieges ab. Damit begann der Wirtschaftskrieg der USA gegen Kuba, der bis heute andauert.

Die Regierung von Dwight D. Eisenhower (1953-1961) setzte dort an, wo die kubanische Wirtschaft am verwundbarsten war, beim Zucker. Der Zuckerexport machte 1958 gut 25 Prozent des kubanischen Bruttoinlandsprodukts aus, und 80 Prozent der Exporte in die USA bestanden aus Zucker. Der spätere US-Präsident Richard Nixon, unter Eisenhower Vizepräsident, hatte schon im September 1959 eine umfassende Quarantäne gegen Kuba vorgeschlagen.

Diese Idee griff Eisenhower jetzt auf und verhängte in der Folgezeit eine totale Blockade über Kuba, um die Revolutionäre auszuhungern. Nachdem er sich Anfang 1960 vom Kongress die Vollmacht geholt hatte, die Kuba eingeräumte Importquote zu reduzieren, kürzte er im Juli 1960 die Zuckerquote um 700.000 Tonnen und setzte sie im Dezember 1960 auf Null.

Doch die junge kubanische Regierung blieb bei der Agrarreform nicht stehen. Als die großen US-amerikanischen Erdölfirmen Shell, Esso und Texaco sich weigerten, russisches Erdöl zu raffinieren, zögerte die Regierung nicht und enteignete die

Unternehmen noch im Juni 1960. Die US-Regierung mobilisierte die "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS), die die Nationalisierungen in ihrer "Deklaration von San José" als "Versuch der sino-sowjetischen Mächte, die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in einem amerikanischen Staat für ihre Zwecke auszunutzen", verurteilte.

Zugleich verhängte sie über alle US-Produkte ein Exportverbot, ausgenommen nur Medikamente und nicht-subventionierte Nahrungsmittel. Die kubanische Regierung ließ sich nicht schrecken. Bis Oktober 1960 hatte sie sämtliche US-amerikanische Firmen enteignet und verstaatlicht.

B-26-Flugzeuge bombardieren Kuba

Das Tischtuch zwischen den USA und ihrer einstigen Luxus-Kolonie war endgültig zerschnitten, eine diplomatische Vertretung überflüssig und der Abbruch der Beziehungen im Januar 1961 nur folgerichtig. Denn die neue US-Regierung unter Präsident John F. Kennedy (1961-1963) hatte schon damit begonnen, Exilkubaner und Söldner für eine mögliche Invasion auf der Insel zu trainieren.

Zwar verkündete Kennedy noch am 12. April, dass er keine Invasion gegen Kuba aus den Vereinigten Staaten zulassen werde. Aber schon drei Tage später, am 15. April, bombardierten B-26-Flugzeuge San Antonio de los Baños, Havanna und Santiago de Cuba. Sie waren die Vorboten der nachfolgenden Invasionstruppe von 15.000 "Patrioten".

Fidel Castro hatte immer schon mit einem Überfall gerechnet und bereits im Mai 1960 auf einer öffentlichen Versammlung vor einer Intervention gewarnt. Die Kubaner waren gut vorbereitet, sodass die Invasoren innerhalb von drei Tagen in der "Schweinbucht", wo sie gelandet waren, geschlagen wurden. Eine herbe Niederlage für den jungen John F. Kennedy zu Beginn seiner Präsidentschaft. Er brauchte ein Jahr und acht Monate sowie 500 Traktoren als Entschädigung, um die 1.113 Gefangenen wieder nach Miami zurückzubringen.

Aber seine Invasionspläne gab er dennoch nicht auf. Die US-Regierung begriff wohl, dass ein Wirtschaftskrieg mit Blockade und Sanktionen diese revolutionäre Regierung in Havanna nicht stürzen konnte. Sie setzte trotz der blamablen Niederlage in der "Schweinebucht" auf ihre überlegene Militärmacht, der kein Staat in ihrem "Hinterhof" standhalten konnte.

Als am 22. August die CIA von verstärkten Aktivitäten der Sowjets auf Kuba berichtete, kam sogleich der Verdacht auf, dass dies nur Vorarbeiten für die spätere Stationierung von Mittelstreckenraketen sein könnten. Kennedy lud am folgenden Tag seinen engsten Beraterkreis ein, um unter strengster Geheimhaltung die Lage zu analysieren. Das "Problem Kuba" sollte so schnell wie möglich und gewaltsam aus der Welt geschafft werden.

Von politisch-diplomatischen Initiativen ist im Beschlussprotokoll mit keinem Wort die Rede. Eindeutig war ein Wendepunkt in der US-amerikanischen Kuba-Politik erreicht. Von diesem Zeitpunkt an kam es zu einer Radikalisierung und Militarisierung. Sieben Wochen vor den ersten Luftaufnahmen und drei Wochen vor dem Entladen der ersten Raketen in kubanischen Häfen begann der Countdown.

Jetzt war für Washington der Zeitpunkt gekommen, um die sozialistischen Kräfte aus dem politischen Leben Kubas zu verbannen. Mit jeder Ladung neuer Gewehre verschlechterten sich nämlich die Aussichten auf eine erfolgreiche Konterrevolution."²

Und so beantragte Kennedy Anfang September 1962 beim US-Kongress die Ermächtigung, 150.000 Reservisten einzuberufen mit der offiziellen Begründung, man müsse Berlin schützen. Es war jedoch vollkommen klar, dass diese Reservisten für eine erneute Invasion auf Kuba mobilisiert werden sollten. Denn schon knapp drei Wochen später, am 26. September 1962, ließ er sich vom Kongress in einer "Joint Resolution" das Recht erteilen, auf Kuba zu intervenieren, wenn von dort aus eine Gefahr für die

Sicherheit der USA ausgehen sollte.

Von der Kennedy-Doktrin zur Kuba-Krise

Diese Aktualisierung der Monroe-Doktrin sollte als "Kennedy-Doktrin"³ den Geschichtsbüchern überliefert werden, wonach "das Eindringen einer offensiv-bedrohlichen fremden militärischen Macht in Kuba (...) als unmittelbare Bedrohung der Sicherheit der Vereinigten Staaten und Amerikas angesehen" werden muss. Schon vier Wochen später trat diese kritische Situation für die US-Regierung ein, als detailliert Luftaufnahmen von Raketen und Abschussvorrichtungen vorgelegt wurden. Der anschließende "Ritt auf der Rasierklinge" der beiden Atommächte und der friedliche Ausgang in letzter Minute, wären an sich eine Erfahrung und ein Anlass gewesen, ein neues Kapitel in der Politik gegenüber Kuba aufzuschlagen.

Eine offene militärische Intervention hat es seitdem in der Tat nicht mehr gegeben. Aber zahllose Versuche, Fidel Castro zu töten, Anschläge auf Hotel- und Ferieneinrichtungen, um dem Tourismus zu schaden, Sabotageakte und Vernichtung von Ernten, permanente Verletzung der territorialen Integrität – derartige Beziehungen sind alles andere als friedlich und haben die kubanische Gesellschaft nie zur Ruhe kommen lassen.

Auch der Wirtschaftskrieg hat mit Boykott und Sanktionen nie eine Pause eingelegt und ist unter dem scheidenden US-Präsidenten Donald Trump sogar noch verschärft worden ([USA verschärfen Blockade gegen Kuba weiter](#)). Er hat der kubanischen Wirtschaft unermesslichen Schaden zugefügt und die Entwicklung des Landes immer wieder verzögert. Doch eines hat er nicht vermocht: "Die sozialistischen Kräfte aus dem Land zu verbannen".

Wenn die USA dennoch – ob mit einer demokratischen oder republikanischen Regierung – ihren Wirtschaftskrieg nicht beenden, so nicht etwa wegen der Hoffnung, doch noch Regierung und System in Kuba zu stürzen, sondern um es

nachhaltig zu schädigen und damit seine Strahlkraft auf die anderen Gesellschaften Latein- und Südamerikas zu schwächen. Alljährlich wird diese Politik in der UNO als völkerrechtswidrig verurteilt. Das Votum ist fast einstimmig, an der Seite der USA verbleiben nur Israel und der eine oder andere Ministaat, jüngst auch Bolsonaros Brasilien (["Die Ausweisung kubanischer Ärzte in Corona-Zeiten hat viele Menschenleben gekostet"](#)). Eine derart zynische Arroganz der Macht ist nur möglich auf Grund der Schwäche der übrigen Welt und insbesondere der EU. Die USA kämpfen an vielen Plätzen in der Welt um ihre Vorherrschaft. Gemessen an China oder Russland ist Kuba nur ein kleiner Kampfplatz aber von großer politischer und moralischer Bedeutung, die man nicht gleichgültig übersehen sollte. (*Norman Paech*)